



# Mediendienst

Industriegewerkschaft  
Bauen-Agrar-Umwelt  
Bundesvorstand – Pressestelle  
Olof-Palme-Straße 19  
60439 Frankfurt am Main

Verantwortlich:  
Frank Tekkilic

Telefon 069 95737-135  
Mobil 0151 1755 3706

[frank.tekkilic@igbau.de](mailto:frank.tekkilic@igbau.de)  
[presse@igbau.de](mailto:presse@igbau.de)  
[www.igbau.de](http://www.igbau.de)

19. April 2022

## Keine „Beschäftigten 2. Klasse“ auf dem Bau, in der Landwirtschaft und Gebäudereinigung **„Keine Per-se-Jobs für 9,82 Euro“: IG BAU warnt vor** **Ausnutzung ukrainischer Kriegsflüchtlinge als billige Arbeitskräfte**

Faire Arbeit statt prekäre Jobs: Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) warnt davor, ukrainische Kriegsflüchtlinge in Deutschland als günstige Arbeitskräfte auszunutzen. „Auf dem Bau, in der Landwirtschaft und in der Gebäudereinigung suchen Firmen händeringend nach Personal. Manche Chefs wollen die oft gut qualifizierten Geflüchteten lieber heute als morgen einstellen – aber oft zu schlechten Bedingungen. Wer etwa als Saisonkraft in der Landwirtschaft arbeitet, hat bis zu 70 Tage lang keinen Sozial- und Krankenversicherungsschutz. Nachdem die Arbeitgeberverbände den tariflichen Bau – Mindestlohn gekippt haben, droht den Beschäftigten in der Branche aktuell ein Einkommen auf dem Niveau des gesetzlichen Mindestlohns. Für 9,82 pro Stunde sollte sich aber keine die fordernde Arbeit auf dem Bau gefallen lassen“, sagt IG BAU-Bundesvorsitzender Robert Feiger.

Kein Unternehmen dürfe jetzt die Lage der Menschen, die in Deutschland Schutz suchen, ausnutzen – ob auf der Baustelle, auf dem Spargelfeld oder in der Reinigungsfirma. „Beschäftigte zweiter Klasse darf es nicht geben“, betont Feiger. Wer vor dem Krieg nach Deutschland geflohen sei und einen Job suche, solle sich über Arbeitsbedingungen, Bezahlung und die eigenen Rechte genau informieren und auf die Gewerkschaft zugehen. Hilfe böten außerdem die gewerkschaftsnahen Beratungsstellen „[Faire Integration](#)“ – auch in ukrainischer Sprache.

Zwar wisse niemand, wie lange der Krieg in der Ukraine noch dauere. Doch selbst wenn nur ein kleiner Teil der bislang über 340.000 nach Deutschland geflüchteten Ukrainer im Land bleibe, müssten jetzt die Weichen für eine „echte Integration am Arbeitsmarkt“ gestellt werden, so der Gewerkschaftschef. Eine wichtige Voraussetzung dafür sei die Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse. „Hier ist vor allem der Staat gefragt. Berufsqualifikationen aus der Heimat dürfen in Deutschland nicht wertlos werden“, sagt Feiger. Entscheidend sei zudem, dass die Behörden den Zugang zu Sprachkursen vereinfachten.

Mit Blick auf den hohen Anteil an Frauen und Kindern unter den Kriegsflüchtlingen seien außerdem mehr Anstrengungen bei der Kinderbetreuung nötig. „Ohne ausreichend Kita- und Schulplätze kommen für viele Eltern höchstens Minijobs mit wenigen Wochenstunden infrage“, so Feiger.